

Warum die «Steuervorlage 17» für einige Kantone ruinös werden könnte, falls sie nicht angepasst wird

Wir sind doch nicht blöd!

Von Christoph A. Schaltegger und Patrick Leisibach

Angenommen, Sie tragen Verantwortung für ein Unternehmen und seine Mitarbeitenden. Einer Ihrer führenden Angestellten kommt nun mit einer neuen Produktidee auf Sie zu. Das neue Produkt hat viele Eigenschaften, die auf dem Markt derzeit gefragt sind. Das Produkt könnte ein Erfolg werden. Ihr Mitarbeiter zeigt Ihnen, welcher Preis für dieses Produkt auf dem Markt verlangt werden kann, damit es nachgefragt wird.

Nun vergleichen Sie diesen Preis mit den Produktionskosten und erkennen, dass der Deckungsbeitrag negativ ist: Bei jeder verkauften Einheit sind die Kosten für das Unternehmen höher als die Einnahmen.

Was würden Sie Ihrem Mitarbeiter sagen? Hoffentlich etwas in der Art: «Das ist schlicht ruinös. Damit setzen wir die Existenz des Unternehmens und seiner Mitarbeiter aufs Spiel. So können wir das nicht machen – wir sind doch nicht blöd!»

Positiv für Basel-Stadt

Genauso verhält es sich mit der Steuervorlage 17 (SV17). Der Bundesrat hat kürzlich deren Eckwerte bekannt gegeben, die er nach der gescheiterten Unternehmens-Steuer-Reform 2017 aufgegleist hat. Der Bund stellt den Kantonen Steuerinstrumente zur Verfügung, die international akzeptiert sind und die Wettbewerbsfähigkeit der Kantone sichern sollen.

Die Kantone haben kommuniziert, welche Instrumente sie wie nutzen wol-

len. Die Instrumente tragen komplizierte Namen wie Kantonsanteil, ordentlicher Steuersatz, Patentbox und F&E-Abzug.

Was ist davon zu halten? Die Instrumente könnten tatsächlich international attraktiv sein. Unternehmen könnten deshalb in die Schweiz kommen und hier ihre Gewinne versteuern. Ein gutes Geschäft, möchte man meinen! Wie der erwähnte Unternehmer im Gespräch mit seinem Mitarbeiter müssen wir uns aber auch in diesem Fall die Frage stellen, ob der Deckungsbeitrag positiv ist. Welche Marge würden die Kantone erzielen, wenn sie diese Instrumente einsetzen?

Der Schlüssel liegt im Finanzausgleich. Er müsste angepasst werden.

Was Margen und Deckungsbeiträge betrifft, ist das Bild uneinheitlich. Für den Kanton Basel-Stadt ist alles positiv, der Einsatz der Instrumente der SV17 ist sinnvoll: Je besser die Instrumente auf dem Markt ankommen – sprich, je mehr Firmen ihre Gewinne in Basel-Stadt versteuern wollen – desto höher die Einnahmen für Basel-Stadt. Leider gilt das gleiche nicht für den Kanton Solothurn. Dessen Margen sind alle negativ. Welche Instrumente der Kanton auch einführt, die SV17 wirkt ruinös. Jeder Gewinnfranken in Solothurn schädigt die Kantonskasse. Erwirtschaftet ein Unternehmen in Solothurn

einen zusätzlichen Gewinn von 100 Franken, kostete dies die Kantonskasse mit der SV17 netto gut zwei Franken. Je mehr Firmen in Solothurn also Gewinne versteuern wollen, desto ruinöser für die Kantonsfinanzen.

Schlecht für Solothurn

Eine paradoxe Situation, besonders für den Stimmbürger, der das finanzieren müsste. Dies gilt leider für viele Kantone, gemäss den heute verfügbaren Zahlen mindestens auch für Thurgau, Glarus, Uri und Wallis.

Für weitere Kantone ist nur die Patentbox mit einem positiven Deckungsbeitrag verbunden. Und für eine Mehrheit der Kantone dürfte der erhöhte F&E-Abzug kaum Sinn machen. Als Indiz für die fehlende Profitabilität der SV17-Instrumente kann gewertet werden, dass diverse Kantone bereits angedeutet haben, die maximale Entlastungsbegrenzung (70 Prozent des Gewinnes) keineswegs voll ausschöpfen zu wollen.

Warum ist das so? Wie kann es sein, dass das gleiche Instrument in Basel-Stadt ein gutes Geschäft ist, während es in Solothurn ruinös wirkt?

Ein wichtiger Grund liegt im Finanzausgleich (NFA). Dieser behandelt die Kantone unterschiedlich: Je finanzschwächer ein Kanton, umso stärker steigen die Zuschüsse an. Das heisst: Setzt ein finanzschwacher Kanton die neuen Instrumente ein und hat damit Erfolg, verliert er viel mehr als ein finanzstärkerer Kanton. So viel mehr, dass nicht einmal die zusätzlichen Steuereinnahmen den Verlust aufwiegen können.

Ist das ein Problem? Das hiesse doch nur, dass Geberkantone wie Basel-Stadt von der SV17 profitieren und Nehmerkantone ihre Steuern so lange erhöhen müssen, bis sie wieder positive Deckungsbeiträge haben.

Ja, das ist ein Problem – und zwar in mehrfacher Hinsicht. Erstens: Wenn viele Nehmerkantone ihre Steuern erhöhen müssen, kann das Ziel der SV17 – ein wettbewerbsfähiger Steuerstandort – nicht erreicht werden. Dort, wo die Steuern erhöht werden, muss sogar mit Abwanderung, weniger Arbeitsplätzen und sinkenden Einnahmen gerechnet werden.

Eine elegante Lösung

Zweitens führt dies zu grösseren Spannungen unter den Kantonen, weil die Disparitäten ansteigen. Damit werden die Ziele des NFA verletzt und die Geberkantone immer stärker für Ausgleichszahlungen zur Kasse gebeten. Drittens stellt sich die Frage, wie man Stimmbürger überzeugen soll, einer Steuersenkung zuzustimmen, die in ihrem Kanton zu negativen Margen führt und damit in ruinöser Weise die Kantonskasse schädigt. Viele werden sich sagen: «So können wir das nicht machen – wir sind doch nicht blöd!»

Könnte man das Problem lösen? Ja, und zwar einfach und elegant. Der Schlüssel liegt wiederum im NFA. Er müsste so angepasst werden, dass er Anreize bietet, die Steuerpolitik international attraktiv zu gestalten. Und er sollte alle Kantone gleich behandeln – egal ob Nehmer- oder Geberkanton.

Wie liess sich dies bewerkstelligen? Indem man die Unternehmensgewinne

nicht mehr direkt in der Ausgleichsformel berücksichtigt. Es gäbe auch andere Varianten – aber das Herausrechnen der Unternehmensgewinne wäre einfach und pragmatisch richtig.

Bei einer zusätzlichen Kompensation der Reformverlierer profitierten von dieser Massnahme in erster Linie nicht etwa die finanzstarken Geberkantone. Diese können auch mit dem vorliegenden Reformpaket gut leben. Bessergestellt würden namentlich finanzschwache Kantone, die willens sind, ihre eigene Situation zu verbessern.

Was wäre sonst noch zu berücksichtigen? In gewissen Kantonen kann es sein, dass die negativen Deckungsbeiträge für Firmen durch positive Deckungsbeiträge bei Mitarbeitern aufgewogen werden. Das ist allerdings ein riskantes Geschäft, denn die Mitarbeiter können auch in einem anderen Kanton Wohnsitz nehmen.

Klar, heute schon sind die Margen in vielen Kantonen negativ. Einige Kantone haben dies realisiert. Die SV17 macht das nicht schlimmer, sie verbessert die Margen sogar. Aber das ist keine tröstliche Nachricht, denn solange eine Politik ruinös ist, hilft es wenig, wenn diese nun mit der SV17 vielerorts ruinös bleibt.

Eine ruinöse Politik sollte unter allen Umständen vermieden werden. Mit einer weitergehenden Anpassung des Finanzausgleichs in der SV17 wäre dies möglich.

Christoph A. Schaltegger ist Ordinarius für politische Ökonomie, Patrick Leisibach Wirtschaftswissenschaftler an der Uni Luzern.

Drohnen-Abwehr am WEF

Weltneuheit aus Chur

Chur. Kleine, bewaffnete Drohnen gelten seit einigen Jahren als neue Bedrohung an Veranstaltungen. Am WEF in Davos kam im Januar erstmals ein neues, kompaktes System zur Anwendung. Die Neuentwicklung aus Chur holt Drohnen mittels eines Netzes vom Himmel.

Das Drohnen-Abwehrsystem sieht aus wie eine Pistole mit extra dickem Schalldämpfer und passt in einen Handkoffer. Es verschießt ein feines Netz aus reissfesten Kunststofffasern. Dieses wickelt sich in die Rotoren der sogenannten Multikopter und bringt sie sofort zum Absturz. Gestern wurde die Anti-Drohnen-Waffe in Chur erstmals den Medien präsentiert.

Grosses Netz zum Einfangen

Die Anti-Drohnen-Pistole verschießt ein zwei mal zwei Meter grosses Netz, das sich kurz nach dem Abschuss im Flug aufspannt. Die Reichweite beträgt 30 bis 50 Meter. Ein Koffer mit Schussgerät und fünf Netz-Ladungen kostet je nach Vertriebsland 4000 bis 5000 Euro. In der Schweiz gilt das Gerät als Waffe. Zu deren Kauf ist ein Waffenwerbsschein nötig, für den Einsatz ein Waffenschein.

Der Drohnen-Fänger ist offenbar eine Weltneuheit, wie Sicherheitsexperten bestätigen. Netze verschiesende Geräte gibt es zwar, aber sie funktionieren entweder nur auf wenige Meter Distanz oder haben die Grösse und das Aussehen eines Raketenwerfers. Entwickelt wurde das Gerät vom Start-up Droptec, einer Tochterfirma des Churer Automobilzulieferers Polycontact. Die Entwicklungskosten beliefen sich auf eine Million Franken. Laut Christian Gauer von Droptec wurde die Entwicklung des Drohnen-Fängers «durch Mitarbeiter der Kantonspolizei Graubünden» initiiert – mit Blick auf die Sicherheit an den alljährlichen World Economic Forums in Davos.

Die Kantonspolizei Graubünden bestätigt denn auch den Einsatz des Geräts am WEF im Januar. Weitere Auskünfte zur Anti-Drohnen-Waffe erteilt die Kantonspolizei nicht – auch nicht über die Anzahl eingesetzter Geräte oder ob diese gegen Drohnen abgefeuert wurden. SDA



Ein Polizist auf 287 Einwohner. Grosseinsatz in Basel-Stadt. Foto Keystone

18 200 Ordnungshüter in der Schweiz

Polizeikorps stocken kontinuierlich auf – Polizeidichte wächst aber nicht

Bern. Die Schweizer Polizeikorps stocken kontinuierlich auf. Jahr für Jahr werden im Schnitt 200 neue Stellen geschaffen. Aktuell sorgen landesweit rund 18 700 Polizisten für Ruhe und Sicherheit. Die Polizeidichte wächst aber nicht.

Drei Viertel aller Ordnungshüter der Schweiz stellen die Kantone, ein Fünftel Städte und Gemeinden. Zusammen beschäftigten sie Anfang 2018 über 18 200 Polizisten und Polizistinnen, 1100 mehr als fünf Jahre zuvor. Dazu kommen 460 Beamte des Bundesamts für Polizei (Fedpol).

Markante Zunahmen

Auch 2017 wuchsen die kantonalen und kommunalen Polizeikorps um 205 Stellen, wie aus den neusten Zahlen der Konferenz der kantonalen

Polizeidirektoren (KKPKS) hervorgeht. Zu mehr als zur Hälfte geht der Zuwachs auf das Konto des Tessins, das neu 1067 Vollzeitposten (2017: 944) zählt.

Markantere Zunahmen gab es ferner in Genf (plus 31), Uri (plus 17) und der Waadt (plus 16). Sieben Kantone haben 2017 ihre Korps entgegen dem Trend verkleinert. Mit Ausnahme von Aargau (minus 23), Zürich (minus 13) und Zug (minus 11) bleibt der Abbau aber überall im einstelligen Bereich. Auch die Bundespolizei (Fedpol) reduzierte um 16 Stellen.

Mit über 4000 Beamten weist Zürich nach wie vor mit Abstand am meisten Polizeikräfte auf. Auf den Plätzen zwei und drei liegen Bern und die Waadt mit einem jeweils halb so grossen Bestand. Ihnen folgen Genf, das Tessin und der Aargau. Weil die Bestandeszunahme

und das Bevölkerungswachstum in den letzten Jahren in etwa Schritt hielten, blieb die Polizeidichte landesweit weitgehend stabil. Nach der Statistik der KKPKS kommt derzeit ein Polizist auf 453 Einwohner.

Grosse Unterschiede

Von Kanton zu Kanton gibt es aber grosse Unterschiede. Während in Basel-Stadt auf 287 und im Tessin auf 332 Einwohner ein Ordnungshüter kommt, müssen sich im Aargau und im Thurgau je rund 700 Personen einen Freund und Helfer teilen.

Die Differenzen ergeben sich laut KKPKS unter anderem aus den verschiedenen Aufgaben, den kantonalen Besonderheiten wie der zusätzlichen Grenzkriminalität und der Organisation der Korps. SDA

Nachrichten

Probleme beim Wasseralarm

Bern. Der Test gestern an rund 5000 stationäre Sirenen in der Schweiz habe gut funktioniert, meldete das Bundesamt für Bevölkerungsschutz. Die Fehlerquote bei den Sirenen habe zwei Prozent betragen. Bei der Auslösung des Wasseralarms seien in mehreren Kantonen Probleme aufgetreten. Diese sollen so bald wie möglich behoben werden. SDA

Finanzkontrolle nimmt Postauto unter die Lupe

Bern. Nach Bekanntwerden der Buchhaltungstricks gerät Postauto ins Visier der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK). Eine Prüfung der Post war ohnehin geplant. Nun aber will sich die EFK ganz auf das Bus-Unternehmen konzentrieren. Geprüft werde die Governance und die Beziehungen innerhalb der Gruppe. SDA

Vertiefte Beziehungen mit Bangladesch

Bern. Bundespräsident Alain Berset hat gestern seinen Besuch in Bangladesch abgeschlossen. Die nächste Station seiner Reise ist Südkorea, wo morgen die Eröffnung der Olympischen Winterspiele auf dem Programm steht. Die Schweiz und Bangladesch wollen ihre Beziehungen vertiefen. Die Reise Bertsers stand auch im Zeichen der Solidarität mit Bangladesch, das Hunderttausende Flüchtlinge der Rohingya-Volksgruppe aus Myanmar aufgenommen hat. SDA

Moutier-Abstimmung ohne Konsequenzen

Bern. Die Abstimmung über den Wechsel der bernjurassischen Kleinstadt Moutier zum Kanton Jura bleibt ohne strafrechtliche Konsequenzen. Die Berner Staatsanwaltschaft hat keine Hinweise gefunden, dass Stimmzettel «gekauft» worden wären. Sie hat deshalb die Untersuchung gegen unbekannt wegen Vergehen gegen den Volkswillen eingestellt. Acht Abstimmungsbeschwerden sind aber immer noch beim Regierungsstatthalter hängig. SDA